

AUFRUF ZUR EUROPÄISCHEN DEMONSTRATION AM 23.01.2013



DGB

Gegen die geplante Durchsetzungsrichtlinie: **FAIRE MOBILITÄT=GLEICHER LOHN, GLEICHE RECHTE für GLEICHE ARBEIT am GLEICHEN ORT**

Hintergrund

Die Entsenderichtlinie trat 1996 in Kraft. In einem offenen Europäischen Binnenmarkt soll die Entsenderichtlinie entsandte Beschäftigte vor Lohn- und Sozialdumping schützen, indem von den einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union festzulegende Mindestarbeitsbedingungen für inländische und entsendete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am gleichen Ort gelten sollen.

Die Gewerkschaften setzen sich dafür ein, dass für Wanderarbeiter auch die Sozial- und Arbeitsrechte des Arbeitsortes gelten. Trotzdem sind Missbrauch und Sozialdumping im Zusammenhang mit Entsendungen weit verbreitet. Die Schwarzarbeit ist enorm, staatliche Kontrollen nur dürftig. Die Praxis hat gezeigt, dass die Entsenderichtlinie keinen ausreichenden Schutz vor Ausbeutung der entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bietet. In Deutschland herrschen Missstände in allen Branchen, besonders betroffen sind Beschäftigte in der Bau- und Fleischwirtschaft und in den Pflegeinstitutionen.

Weit verbreitet ist auch der Versuch von Sozialbetrug durch Entsendefirmen. So werden Beiträge nicht auf Basis des tatsächlichen Arbeitsentgelts entrichtet, sondern auf Basis von Mindestlöhnen, die im Herkunftsland bezahlt werden.

Verschärft wurde die Situation noch einmal durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH). Durch eine Serie von Urteilen (Viking, Laval, Rüffert und Luxemburg) hat das Gericht die ursprüngliche Zielsetzung der Entsenderichtlinie – die Festlegung von Mindestarbeitsbedingungen - in ihr Gegenteil verkehrt. Die in der Richtlinie verankerten Mindestnormen sind nun als Obergrenzen (Maximalforderungen) umgedeutet.

Die Gewerkschaften setzen sich daher für eine Revision der Entsenderichtlinie ein. Damit europaweit gilt: „GLEICHER LOHN, GLEICHE RECHTE für GLEICHE ARBEIT am GLEICHEN ORT“. Wir brauchen zudem eine SOZIALE FORTSCHRITTSKLAUSEL in den Europäischen Verträgen, damit die sozialen Rechte nicht unter die Räder eines offenen Binnenmarktes kommen, einmal erreichte Standards garantiert werden und letztlich zu höheren Sozialstandards für alle Menschen in ganz Europa führen.

Wir fordern ein SOZIALERES und GERECHTERES EUROPA!

